

16. November 2022

Postulat

Fraktionen SP und Grüne

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt mittels Öffentlichkeitsarbeit und regelmässiger/wiederkehrender Sensibilisierung über die Gefahren und gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus investieren kann.

Begründung:

Die öffentliche Sensibilisierung und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus wurden in der Stadt Zürich bisher vernachlässigt. Gerade angesichts des offeneren und offensiveren Auftretens rechtsextremer Kreise in unserer Stadt muss sich das ändern. Rechtsextreme und andere menschenverachtende Ideologien dürfen in Zürich nicht salonfähig werden. Expert:innen wissen heute mehr über rechtsextreme Diskursmechanismen und Strategien, als dass die Prävention und Aufklärung wie in den 1990er Jahren in einigen europäischen Ländern fast ausschliesslich über Jugendarbeit laufen könnte.

Um das Bewusstsein für die unmissverständliche Verurteilung der Stadt, ihrer Institutionen und ihrer Bewohner:innen gegenüber Rechtsextremismus zu stärken, soll der Stadtrat daher eine mit Expert:innen konzipierte wiederkehrende Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne konzipieren und durchführen. Dabei sollte über verschiedene Kanäle und in geeigneter und möglichst vielfältiger Art und Weise in der gesamten Stadt über die Gefahren und Strategien von Rechtsextremismus informiert werden, das historische Bewusstsein gestärkt und Hinweise für den alltäglichen Umgang gegeben werden. An solchen Erkenntnissen soll sich die Kampagne richten. Es soll sichergestellt werden, dass die gesamte Zürcher Bevölkerung Berührungspunkte mit der Sensibilisierungskampagne hat und so ein antifaschistisches Selbstverständnis, welches die Grundlage einer freien und demokratischen Gesellschaft darstellt, gestärkt werden kann.

Zur Erarbeitung der Kampagne sollte sich die Stadt Zürich die Organisation einer Konferenz für die Evaluation von Problemen, Kapazitäten und Lösungsmassnahmen für die nächsten Jahre mit Expert:innen und Behörden vornehmen, damit die Präventionsarbeit stabil und längerfristig verlaufen kann. Hierbei soll insbesondere auch ein Dialog mit anderen Gemeinden ermöglicht werden.

Ch. Bärtschmann 